

556

# Pressedienst des Landes Berlin

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DES LANDES BERLIN, 1 BERLIN 62 - RATHAUS SCHÖNEBERG, TELEFON ~~71 92 61~~ ~~APP 9309~~ X

78 01 33 09

15. Mai 1964  
Nr. 95

*alles*

## Deutschland und die Europäische Gemeinschaft

=====

### Eine Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt vor den Mitgliedern der Foreign Policy Association in New York

Bitte Sperrfrist beachten: Freitag, 15. Mai, 18.30 Uhr  
Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt nimmt am Freitag,  
dem 15. Mai, in New York an einem Empfang teil, der von  
der Foreign Policy Association veranstaltet wird. Er hält  
im Verlauf dieses Empfanges einen Vortrag über das Thema  
"Deutschland und die Europäische Gemeinschaft". Der Vortrag  
hat folgenden Wortlaut:

"Wie gern hätte ich Ihnen heute einen Bericht über lauter  
schöne Erfolge gegeben! Aber es überrascht Sie gewiss nicht,  
daß ich nicht nur über Erfolge, sondern auch über Schwierig-  
keiten zu sprechen haben werde.

Wenn wir uns der Vision Präsident Kennedys erinnern, die  
nicht nur meiner Stadt so viel Hoffnung gebracht hat, dann  
wird uns klar, wie weit wir noch von den großen Zielen ent-  
fernt sind. Eine konstruktive Atlantische Partnerschaft  
haben wir noch nicht. Stattdessen erleben wir die Krisen-  
zeichen der NATO. Das Schnecken tempo bei den Genfer Verhand-  
lungen über die Senkung der Zollsätze wirkt auch nicht er-  
mutigend. Statt eines freien Europa, das mit einer Stimme  
spricht, vernehmen wir immer wieder Mißtöne einer kräfte-  
verschwendenden Rivalität.

Manche guten Freunde haben sich den Weg zur europäischen  
Einheit immer ein wenig zu leicht vorgestellt. Es gab für  
uns keinen einfachen Weg zur Föderation. Sondern es sind  
verschlungene Pfade, die durch den Wald der europäischen  
Geschichte führen.

Aber wir sollten uns auch der neunzehn Jahre erinnern, die  
uns vom Zweiten Weltkrieg trennen. Dann kommen wir zu einer  
sehr viel positiveren Bilanz. Damals das Meer von Trümmern  
und Elend, zu dem Europa geworden war. Im Gefolge einer  
fürchterlichen Verirrung meines eigenen Landes und als  
Ergebnis des schrecklichen Krieges, der doch in Wirklich-  
keit als europäischer Bürgerkrieg begonnen hatte. Damals  
stand die Frage nach dem primitiven Überleben. Und heute?

-2-

57

Ja, heute trotz aller Hemmnisse und Rückschläge ein Westeuropa, das wirtschaftlich stark ist. Und das sich in einem nicht mehr aufzuhaltenden Prozeß des Zusammenschlusses befindet. Im westlichen Europa haben wir heute relative politische Stabilität. Und im östlichen Teil Europas vollzieht sich ein Prozeß der Umschichtung, von dem wir erst den Beginn erlebt und auch diesen erst kaum verstanden haben.

Das großartige Programm, das die Vereinigten Staaten nach Kriegsende als Hilfe zur Selbsthilfe entwickelten, hat diesen Gang der Dinge wesentlich mitbestimmt. Aber die Initialzündung des Marshallplanes hätte nichts genützt, wenn die Europäer nicht selbst an die Arbeit gegangen wären. Wenn sie nicht die vielfältigen Kräfte freigemacht hätten, über die unser alter Kontinent noch immer verfügt.

Die Anstrengungen des freien Europa wären jedoch vergeblich geblieben ohne das Engagement der Vereinigten Staaten. Hier trafen sich unsere Interessen. Aber es bleibt: Ohne amerikanischen Schutz hätten wir uns des sowjetischen Machtanspruchs nicht erwehren können.

Die Stärke Europas von heute ist unvergleichbar mit der Situation des Jahres 1949, als die Blockade Berlins durchgestanden wurde. Und trotzdem, die Grundsituation hat sich nicht geändert: Ohne eine atlantische Strategie, ohne die Verpflichtung der Vereinigten Staaten, gibt es auch heute keine wirksame Sicherheit für Europa.

Die Sehnsucht nach Einheit in Frieden ist alt in Europa. Viele Menschen spürten gerade nach dem letzten Weltkrieg, daß die Grenzen überwunden werden müssen. Daß unser Jahrhundert ein Denken in größeren Räumen erfordert. Die Begeisterung für diese Idee ließ junge Menschen aufbrechen und Grenzschränken verbrennen.

Der lange verschüttete Zwang zur Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen brach durch. Und ich bekenne mich zur deutsch-französischen Freundschaft. In der Zusammenarbeit mit Italien und den Benelux-Ländern nahm Europa praktisch Gestalt an, zunächst in Form der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die Verträge von Rom zeitigten zwei andere Ergebnisse: Euratom und vor allem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, den Gemeinsamen Markt der Sechs.

Auf dem Grundstein des Marshall-Plans und unter dem schützenden Dach der NATO wuchs ein Gebäude der wirtschaftlichen Kraft, ein prosperierender Markt für 170 Millionen Menschen.

Und parallel dazu, leider noch nicht verbunden damit, haben wir die Europäische Freihandelszone: Großbritannien, die skandinavischen Länder, Österreich, die Schweiz, Portugal - noch einmal 90 Millionen Menschen.

Das entwickelt sich alles nicht nach Zeichnungen auf dem Reißbrett. Das bleibt alles hinter dem Tempo der objektiven Notwendigkeiten zurück. Aber niemand kann sagen, daß sich nichts bewegt habe. Wir reisen heute frei in Westeuropa, und wir reisen viel. Die jungen Menschen begegnen einander, als ob es keine blutigen Zerwürfnisse gegeben hätte.

Nein, Resignation und Kleingläubigkeit geben uns keine Antwort auf die Fragen, vor die wir heute gestellt sind. Die Europäische Gemeinschaft ist ein starker und bewegender Faktor der Weltpolitik

geworden. Sie hat auf den Osten ausgestrahlt.

Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum waren die beiden Triebfedern der europäischen Entwicklung. Aber die Erfolge reichen nicht aus. Und nichts wäre gefährlicher, als wenn wir jetzt stehen blieben. Wir müssen uns immer messen an dem, was notwendig ist. Und wir müssen uns bewähren in einer veränderten politischen Landschaft.

Noch vor wenigen Jahren hätte niemand die Veränderungen vorauszusagen gewagt. Die Sowjetunion streitet mit China nicht nur über die rechte Lehre. Und der Gegensatz zwischen armen und reichen, zwischen entwickelten und unterentwickelten Völkern beginnt sogar den Ost-West-Konflikt zu überlagern.

Der Kampf um die Rüstungen dauert an. Aber daneben steht bereits der Kampf um die Produktivität, die Effektivität, den Lebensstandard. Und es geht auch um die Fähigkeit zur Entwicklungshilfe.

Gewisse Führer haben erfahren müssen, daß es nicht auf kommunistische sondern auf effektive Maschinen ankommt. Daß physikalische Formeln nicht kommunistische zu sein haben, sondern daß sie stimmen müssen.

Der Westen ist sich nur langsam über seine Stärke klar geworden. Aber die sowjetische Führung hat die Herausforderung zum friedlichen Wettbewerb annehmen müssen. Sie konnte nicht anders, denn der große Krieg setzt heute die Bereitschaft zum Selbstmord voraus.

Ich hoffe, wir haben unsere Erfahrungen in den letzten neunzehn Jahren nicht umsonst gemacht. "Friedliche Koexistenz" bedeutet nicht, daß aus Kommunisten Sonntagsschüler geworden sind.

Der Westen darf nicht vergessen, daß der Friede noch auf lange Jahre abhängig bleibt vom relativen Gleichgewicht der militärischen Kräfte. Schwäche würde den Weltfrieden gefährden. Aber wenn es gelingt, die militärische Bedrohung unter Kontrolle zu halten, dann ergibt sich für uns die Frage nach der Strategie des Friedens. Die Antworten, die Präsident Kennedy darauf gegeben hat, sind nach wie vor gültig. Sie sind von Präsident Johnson unterstrichen und erhärtet worden.

Muß es notwendigerweise so sein, daß wir im Westen auseinanderrücken, wenn der kommunistische Block Risse zeigt? Ich meine, so braucht es nicht zu sein. Wir haben uns doch nicht nur auf den Weg gemacht, um Gefahren abzuwehren. Wir haben uns vorgenommen, positive Aufgaben gemeinsam zu erfüllen.

Meiner Meinung nach ist es weder sinnvoll noch gerecht, General de Gaulle für alle Schwierigkeiten verantwortlich zu machen, denen wir innerhalb des Westens gegenüberstehen. Manche Entscheidungen des französischen Staatspräsidenten sind nicht leicht zu verstehen. Aber ich bin nicht in die Vereinigten Staaten gekommen, um mich hier über ihn zu beklagen. Wir haben vielmehr Grund, uns der Tatsache bewußt zu werden, daß de Gaulle mit Kühnheit und Eigenwilligkeit auf seine Weise das Udenkbare denkt und begonnen hat, daraus Folgerungen zu ziehen.

Das Gleichgewicht des Schreckens, ausbalanciert von den beiden Supermächten, gibt einen Spielraum, die starren Fronten in Bewegung zu setzen. Der französische Präsident macht hiervon auf seine Weise Gebrauch. Und manchmal frage ich mich als Deutscher: warum eigentlich nur er?

Wenn wir Brücken von der Vergangenheit in die Zukunft schlagen, brauchen wir ja nicht notwendigerweise die Gegenwart aus dem Auge zu verlieren. Wir Europäer sollten aufhören, uns in Amerika auszuweinen. Wir sollten offen und selbstbewußt miteinander über die Gefahren sprechen, die uns gemeinsam angehen. Ein überspitzter Nationalismus ist eine solche Gefahr. Er würde katastrophale Folgen haben.

Dabei gilt es nüchtern zu erkennen: Eine supra-nationale Einheit im Rahmen der sechs Staaten der EWG ist in nächster Zukunft nicht zu erreichen. Frankreich will das nicht, und es gibt Europa weder ohne noch gegen Frankreich. Wenn man den Rahmen weiter setzt, ergibt sich kein anderes Bild. Auch Großbritannien wünscht noch keinen supra-nationalen Zusammenschluß.

Niemand weiß heute, wann wir weiter nach vorn kommen können. Aber das ist kein Grund zur Resignation. Wir dürfen das Ziel der europäischen Integration nicht aufgeben, nur weil Hindernisse sichtbar wurden, die heute unübersteigbar scheinen. Wir haben die jeweils möglichen Wege zu suchen. Das bedeutet: Alles, was an Elementen für das Zusammenwachsen Europas vorhanden ist, muß gepflegt, gestärkt und verbessert werden.

Erstens: Gemeinsamer Markt, Euratom und Montan-Union müssen unter ein Dach gebracht werden. Das ist vorgesehen.

Zweitens: Die europäischen Bürokratien und das Kartell der nationalen Regierungen müssen unter parlamentarische Kontrolle gebracht, Europa muß demokratisiert werden. Das wird ohne Druck nicht möglich sein.

Drittens: Auf den Gebieten der Kultur und der Außenpolitik sollte eine weitergehende Koordinierung in vernünftigen Formen angestrebt werden. Aber der Weg darf nicht in die Separation Europas münden, sondern er muß führen zur gleichberechtigten Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten.

Viertens: Neue Anstrengungen müssen unternommen werden, um die noch voneinander getrennten Teile des freien Europa zusammenzuführen. Die Tür, die Großbritannien vor der Nase zugeschlagen wurde, muß wieder geöffnet werden. Das gilt auch für Länder wie Dänemark und Norwegen.

Fünftens: Die Europäische Gemeinschaft wird fähig sein müssen, Länder wie Schweden, Österreich und die Schweiz so aufzunehmen, daß ihrem besonderen Status Rechnung getragen wird. Auch Spanien kann eines hoffentlich nicht so fernen Tages seinen Platz in einem Europa finden, das frei ist und das sich gegen niemand richtet.

Sechstens: Der Wille zur Zusammenarbeit muß auch den osteuropäischen Völkern sichtbar gemacht werden. Es ist an der Zeit, die Tatsache klarer zu sehen, daß Europa nicht am Eisernen Vorhang aufhört.

Die Strategie, die uns in die Zukunft führt, unterscheidet zwischen der militärischen Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit. Es gibt nur eine unteilbare Sicherheit für die Atlantische Gemeinschaft, aber es gibt verschiedene Formen und verschiedene Grade der wirtschaftlichen, auch der kulturellen Kooperation.

Sicherheit für die freien Völker Europas gibt es auch künftig nur in der atlantischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten. Wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sind jedoch Mittel, die über den Eisernen Vorhang hinausgreifen und ein Europa ins Auge fassen, zu dem auch die Menschen auf der anderen Seite gehören wollen, denn sie haben nicht vergessen, daß sie Europäer sind.

Zweierlei ist erforderlich, um die Sicherheit des Lagers der Freiheit zu erreichen. Das eine ist die militärische Sicherung. Zum anderen geht es um das gegenseitige Interesse, den Frieden zu erhalten. Was durch wirtschaftliche und andere Formen der Zusammenarbeit erreicht werden kann, damit der Wille zum Frieden in Ost-Europa wächst, nützt auch unserer Sicherheit und liegt insoweit auch in unserem Interesse.

Wir sollten den Völkern Ost-Europas gemeinsame Projekte vorschlagen und ihnen deutlich machen, daß wir die Angleichung des Lebensstandards an den unsrigen nicht fürchten, sondern erstreben. Dies entspricht auch der ursprünglichen Idee des Marshall-Plans.

Es gibt für die weitere Entwicklung Europas kein Entweder-Oder, keine Politik des Alles oder Nichts. Sondern es gibt nur den Auftrag: Wir haben alles Vertretbare zu tun, damit Europa weiter zusammenwächst. Dann werden wir der dreifachen Herausforderung gerecht,

die atlantische Partnerschaft auszubauen und den Frieden zu sichern,

den Prozess der Wandlung im Ost-Block zu fördern,

den Kampf gegen den Hunger in der Welt wirksamer zu führen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit ihrem Bestehen bewiesen, daß sie aus der Geschichte gelernt hat. Im Interesse Europas war und ist sie bereit, auf Souveränitätsrechte zu verzichten. Sie trägt ihren Teil der Verantwortung für die gemeinsame Sache der Freiheit.

Wir sind der Meinung: Die NATO darf nicht verkümmern. Sie muß weiterentwickelt, stärker integriert und auch in ihrer Entscheidungsstruktur modernisiert werden.

Nuklearer Ehrgeiz quält uns nicht. Wir wünschen nicht, daß die Zahl der Atomkräfte erhöht wird. Wir wünschen auch nicht, daß die letzte Entscheidungsbefugnis dem Präsidenten der Vereinigten Staaten streitig gemacht wird. Aber wir drücken uns nicht vor der Mitverantwortung, auch nicht auf dem Gebiet der nuklearen Strategie. Ebenso stark bejahe ich die volle Mitarbeit auf den Gebieten der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung. Denn dies ist nur die andere Seite der einen unteilbaren Sicherheit.

Meine Landsleute haben erkannt, daß der europäische Zusammenschluß und die atlantische Partnerschaft auch im Sinne ihrer

ureigenen nationalen Interessen liegen. Sie erwarten also, daß sie dabei nicht auf der Strecke bleiben.

Die deutsche Spaltung bleibt widernatürlich. Der natürliche Wunsch der Menschen, als Familien zusammenzukommen und als Volk zusammenzuleben, ist gerade während der millionenfachen Begegnung zu Weihnachten in Berlin überzeugend sichtbar geworden. Der Wille zur Einheit läßt mit der Zeit nicht nach. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade die junge Generation fragt unbelastet nach dem Recht auf Selbstbestimmung.

Wir wissen, daß dieses Recht nicht gegen und nicht ohne Rußland verwirklicht werden kann. Wir wissen deshalb, daß Deutschland-Problem wird nicht von heute auf morgen gelöst werden. Wir werden versuchen müssen, der Lösung Schritt für Schritt näherzukommen. Auf diesem Wege haben wir dafür zu sorgen, daß für die Menschen möglichst viel von der unmenschlichen Trennung abgebaut wird. Wir haben uns darum zu bemühen, daß die menschlichen Verbindungen gestärkt werden.

Berlin war und ist ein Testfall unserer Bewährung. Berlin ist noch immer ein Schauplatz schweren menschlichen Leids. Aber es ist auch ein Ort stolzer gemeinschaftlicher Leistung. Nicht zuletzt hieraus resultiert meine Zuversicht.

Wir alle, jeder an seinem Platz, brauchen Festigkeit in unseren Grundsätzen. Aber wir brauchen auch Mut und Kühnheit und Einfallsreichtum in einer sich rasch wandelnden Welt."

III/2

- - -

#### Preisindex für Wohngebäude im Februar 1964

Der Preisindex für Wohngebäude in Berlin (West) auf der Basis 1958 = 100 erhöhte sich von November 1963 bis Februar 1964 um 2.1 Prozent auf 139 und überschritt damit seinen Vorjahreswert um 6.0 Prozent.

Am stärksten, um 4.7 Prozent auf 137, stieg die Teilindexziffer für haustechnische Anlagen; gegenüber Februar 1963 beträgt die Zunahme 8.2 Prozent. Die erfaßten haustechnischen Anlagen im einzelnen waren im Februar 1964 um 6.1 Prozent bis 16.3 Prozent teurer als vor einem Jahr. Die Teilindexziffer für Ausbauarbeiten wies im Berichtsvierteljahr eine Zunahme um 2.2 Prozent auf 139 und lag damit um 5.0 Prozent höher als im Februar 1963. Weniger kräftig - um 1.2 Prozent auf 140 - erhöhte sich die Teilindexziffer für Rohbauarbeiten; diese Indexziffer überschritt ihren Stand vom Februar 1963, und zwar um 5.7 Prozent. Die Teilindexziffer für Erd- und Grundbauarbeiten stieg im Berichtsvierteljahr nur um 0.7 Prozent auf 163, die Erhöhung gegenüber Februar 1963 war aber bedeutend (9.3 Prozent).